

# BIBB-Forschungsdaten – Grundlage evidenzbasierter Politikberatung



**REINHOLD WEIß**  
Prof. Dr., Ständiger Vertreter des  
Präsidenten des Bundesinstituts für  
Berufsbildung und Forschungsdirektor

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundesinstitut wurde 1970 als Forschungsinstitut gegründet, um die Politik mit aktuellen Daten und Erkenntnissen zur Struktur und Entwicklung der Berufsbildung zu versorgen. Diese Begründung hat nach wie vor ihre Berechtigung. Gleichwohl sind die Anforderungen an die Qualität der Daten tendenziell gestiegen. Der Anspruch der Evidenzbasierung bringt dies zum Ausdruck. Gefragt sind belastbare Daten auf repräsentativer Grundlage.

## Erweiterung der Datenbasis und Datennutzung

In den vergangenen Jahren hat die empirische Bildungsforschung – nicht zuletzt durch groß angelegte empirische Untersuchungen wie PISA, PIAAC, NEPS oder AES – einen deutlichen Aufschwung erfahren.

Auch das BIBB hat die empirische Basis seiner Arbeit in den vergangenen Jahren stetig verbreitert und qualitativ verbessert. Von dieser Kontinuität und Weiterentwicklung zeugen eine Reihe von regelmäßig durchgeführten empirischen Erhebungen wie u. a. die Erwerbstätigenbefragungen, die Kosten- und Nutzenerhebungen oder auch das Betriebspanel zur Qualifizierung und Kompetenzentwicklung. Die hier erhobenen quantitativen Daten und die daraus generierten Ergebnisse bilden – neben den aus qualitativen Projekten gewonnenen Erkenntnissen – ein wesentliches Fundament der Berufsbildungsforschung im BIBB. Sie fließen etwa in wissenschaftliche Publikationen wie den BIBB-Datenreport ein. Durch das BIBB-FDZ stehen die Daten zudem als Forschungsdaten der Scientific Community zur weiteren Nutzung zur Verfügung. Die Beiträge in diesem Heft zu ausgewählten Erhebungen belegen dies beispielhaft.

## Datenlücken identifizieren und schließen

Durch die empirische Bildungsforschung, aber auch die verbesserte Berufsbildungsstatistik, hat sich die Datenlage zur Berufsbildung im Laufe der Jahre deutlich verbessert. Dennoch tun sich immer wieder Lücken auf, weil

neue Fragestellungen auftauchen, die mit den verfügbaren Daten nicht ausreichend beantwortet werden können. Dies gilt aktuell für die Situation der nach Deutschland geflüchteten Menschen. Unklar ist nicht nur, wie viele Menschen tatsächlich zu uns gekommen sind. Auch zu ihrem rechtlichen Status, ihren schulischen und beruflichen Qualifikationen, den Sprachkenntnissen, den beruflichen Motiven und den Lebenslagen gibt es bestenfalls selektive Befunde. Belastbare Daten wären nötig, um den Qualifizierungsbedarf abschätzen und entsprechende Maßnahmen konzipieren zu können. Durch die geplante Ersterfassung dürfte sich die Datenlage im Laufe des Jahres verbessern. Wichtig wäre es, der Wissenschaft einen Zugang zu diesen administrativen Daten zu ermöglichen. Wichtig wären darüber hinaus Indikatoren und Analysen, die die Entwicklungsverläufe in Bildung und Beschäftigung abbilden und Auskunft über die Integrationsprozesse, die hemmenden wie auch die fördernden Faktoren, geben.

## Datenschutz und Forschungsinteressen miteinander verbinden

Das Interesse der Politik und der Wissenschaft an Daten kollidiert immer wieder mit den Anforderungen des Datenschutzes. Dies betrifft vor allem die Nutzung von Verwaltungsdaten für Forschungszwecke. Auch liegen in einigen Bundesländern Individualdaten in der Schulstatistik vor, mit deren Hilfe sich Übergänge zwischen den Bildungsbereichen differenziert abbilden ließen. Sie stehen der Forschung bislang nur eingeschränkt zur Verfügung. Lösungen sind deshalb gefragt, die eine wissenschaftliche Nutzung derartiger Daten gewährleisten, ohne schutzwürdige individuelle Daten preiszugeben.